



**Teilnahmeantrag
zum Teilnahmewettbewerb**

**Rahmenvereinbarung
Lieferung polymerer Flockmittel für die Faulschlammentwässerung
ZKA Chemnitz**

eins/24/L03

**EU-Bekanntmachung (Referenz-Nr.):
eins/24/L03**

Auftraggeber:

eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
Johannisstraße 1
09111 Chemnitz

Informationen zum Teilnahmewettbewerb

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren nach VgV mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb

Abgabetermin des Teilnahmeantrages:

bis zum **27.01.2025 / 14:00 Uhr MESZ**

Abgabe des Teilnahmeantrages:

Elektronisch
Bietercockpit (Start über <https://www.evergabe.de/leistungen-fuer-auftragnehmer/angebote-elektronisch-abgeben>)

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit den entsprechenden Anlagen ist über das Bietercockpit von eVergabe.de einzureichen.

**Anlage 1:
»Vordruck zum Teilnahmeantrag«**

Ich/ wir gebe(n) einen Teilnahmeantrag für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV für die Vergabe **einer Rahmenvereinbarung für die Lieferung polymerer Flockmittel** ab.

Zum Nachweis meiner/ unserer Eignung mache(n) ich/ wir die nachfolgenden Angaben und füge(n) die entsprechenden Nachweise bei. Mir/ uns ist bekannt, dass unvollständige oder nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Unterlagen zum Ausschluss führen können.

Angaben zum Bewerber	
Name/ Bezeichnung	:
Anschrift	:
Arbeitsschwerpunkte	:
Ansprechpartner	:
Telefon	:
E-Mail	:

Dem Teilnahmeantrag liegen die Vergabeunterlagen der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG (im Folgenden „eins“) zugrunde. Ich/ wir habe(n) die gemäß dem Vordruck zum Teilnahmeantrag sowie dem Leitfaden (Bewerbungsbedingungen) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise in der Anlage zu diesem Vordruck beigefügt. Sie sind Bestandteil dieses Teilnahmeantrages.

➤ Wir sind eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (nachfolgend „**Bietergemeinschaft**“):

Ja Nein

wenn ja: Wir bestehen aus den folgenden Mitgliedern (Name):

1.

2.

3.

4.

Mitglied Nr. ist bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft. Bevollmächtigter Vertreter dieses Mitglieds ist:

Name:

Dienstsitz:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Nähere Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft ergeben sich aus der Erklärung zur Bietergemeinschaft.

➤ Wir sind ein ausländisches Unternehmen mit Sitz in: (Staat).

Es folgt eine **abschließende Liste der auszufüllenden Unterlagen**, die in die Punkte Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen (Nr. I) sowie Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit (Nr. II) unterteilt ist.

Die in dieser Liste angekreuzten Erklärungen sind unter Verwendung der dafür vorgesehenen Original-Formblätter in diesem Teilnahmeantrag beigefügt.

Die im Vordruck angekreuzten Erklärungen sind zwingend auszufüllen. Sie sind für jeden Bewerber, jedes Mitglied einer Bergewerkschaft und jeden Nachauftragnehmer einzureichen. Die gemäß Anlagen 15 geforderten Angaben zum Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die gemäß Anlagen 16 geforderten Unterlagen zum Nachweis der Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit müssen vom Bewerber bzw. der Bergewerkschaft in der Form eingereicht werden, dass die Anforderungen insgesamt (kumuliert) erfüllt werden.

I. Eigenerklärungen Zuverlässigkeit (Ausschlussgründe)

- 2 Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB (Anlage 2)
- 3 Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften (Anlage 3)
- 4 Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (Anlage 4)
- 5 Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB (Anlage 5)
- 6 Verpflichtungserklärung zur Eignungslleihe (Anlage 6)
- 7 Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer (Anlage 7)
- 8 Erklärung der Bietergemeinschaft (Anlage 8)
- 9 Erklärung zur Projektkommunikation (Anlage 9)
- 10 Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlage 10)
- 11 Erklärung zum Datenschutzbeauftragten (Anlage 11)
- 12 Datenschutzerklärung des Auftraggebers (Anlage 12)
- 13 Eigenerklärung zum EU-Sanktionspaket (Anlage 13)
- 14.1 Eigenerklärung zur Einhaltung von Lieferfristen (Anlage 14.1)
- 14.2 Eigenerklärung Wechsel auf Alternativprodukt (Anlage 14.2)
- 14.3 Eigenerklärung Produktionsstätte (Anlage 14.3)

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Anlagen 15)

- 15.1 Eigenerklärung über den Jahresumsatz des Bewerbers/ der Bietergemeinschaft in den letzten 3 Jahren (Anlage 15.1)
- 15.2 aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate) (Anlage 15.2)
- 15.3 Versicherungen (Anlage 15.3)

Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit (Anlagen 16)

- 16.1 Nachweis der Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung (**Anlage 16.1**)
- 16.2 Nachweis der Einhaltung der Normen des Umweltmanagements (**Anlage 16.2**)
- 16.3 Nachweis der Eignung durch Produktdatenblätter (**Anlage 16.3**)
- 16.4 Optional: Angaben zum Lieferkettenmanagement- und -überwachungssystem (**Anlage 16.4**)
- 16.5 Nachweis der Erfahrung und Fachkenntnisse durch Referenzobjekte (**Anlagen 16.5**)
- 16.6 Nachweis der Eignung durch EG-Sicherheitsdatenblatt (**Anlage 16.6**)
- 16.7 Optional: Nachweis Mitgliedschaft in Fachverbänden (**Anlage 16.7**)

Ich/ wir bestätige(n) die Richtigkeit der in diesem Teilnahmeantrag und in den beigefügten Anlagen gemachten Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹

Hinweis: Wird der Vordruck an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben.

¹ Eine rechtsverbindliche Unterschrift liegt dann vor, wenn die zur Vertretung berechtigten Inhaber oder Organe von Gesellschaften (z. B. Geschäftsführer, Vorstand) oder entsprechend bevollmächtigte Vertreter den Teilnahmeantrag und sämtliche Erklärungen in vertretungsberechtigter Anzahl unterzeichnet haben. Ist die Vertretungsberechtigung nicht aus öffentlichen Registern (z. B. Handelsregister) ersichtlich, ist dem Teilnahmeantrag ein entsprechender Nachweis der Vertretungsberechtigung (z. B. Vollmacht) beizufügen.

I. Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit

Anlage 2:

»Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB«

1. Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 3 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen.

Keine Person, deren Verhalten dem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ einem Nachauftragnehmer zuzurechnen ist, wurde wegen Verstoßes gegen eine der nachfolgenden Vorschriften rechtskräftig verurteilt:

- §§ 129, 129a oder 129b des Strafgesetzbuches,
- §§ 89c des Strafgesetzbuchs oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs,
- § 263 des Strafgesetzbuchs,
- § 264 des Strafgesetzbuchs,
- § 299 des Strafgesetzbuchs,
- § 108e des Strafgesetzbuchs,
- §§ 333 oder 334 des Strafgesetzbuches, jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs,
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung und
- §§ 232, 233 oder 233a des Strafgesetzbuchs.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße nach den vorgenannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Abs. 2 GWB).

Ein Verhalten einer Person ist einem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ einem Nachauftragnehmer zuzurechnen, wenn eine Person, die für die Führung der Geschäfte dieses Bewerbers/ Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft/ Nachauftragnehmers verantwortlich handelt, selbst gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ den Nachauftragnehmer handelnden Person vorliegt (§ 123 Abs. 3 GWB).

2. Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen:

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- das Unternehmen
 - hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

² Vgl. Fußnote 1.

Anlage 3:

**»Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4
GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften«**

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren ist ein Bewerber gemäß § 123 Abs. 4 GWB zu jedem Zeitpunkt auszuschließen, wenn:

- das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
- die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer vorgenannten Verpflichtung nachweisen können.

Ebenso können Bewerber vom Vergabeverfahren nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Dies vorausgeschickt erklären wir folgendes:

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Sozialbeiträgen nachgekommen bin/ sind. Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir alle Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft erfülle/n und in den vergangenen Jahren erfüllt habe/n.

Mein/ unser Betrieb ist Mitglied folgender Berufsgenossenschaft(en):

(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)

(Mitgliedsnummer)

(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)

(Mitgliedsnummer)

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung und vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Vergabeverfahren in Bezug auf meine/unsere Eignung meinen /unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift³

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

³ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 4:

»Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz«

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer erklärt, dass keine Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz in der Person des Bewerbers/ des Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft/ des Nachauftragnehmers vorliegen.

Straf- und Bußgeldverfahren wegen Verstoßes/ Verstößen gegen die genannten Gesetze sind weder gegen den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft noch den Nachauftragnehmer anhängig.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁴

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

⁴ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 5:

»Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB«

Ein Unternehmen kann nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB zu jedem Zeitpunkt von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich/ wir erkläre(n), dass über das Vermögen des Unternehmens, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. Nachauftragnehmer am Verfahren beteiligt, kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist.

Ich/ wir erkläre(n), dass sich das Unternehmen, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. Nachauftragnehmer am Verfahren beteiligt, nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁵

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

⁵ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 6:
»Verpflichtungserklärung zur Eignungslleihe«

Eignungslleihe

- Ich/ wir beabsichtige(n) uns, für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde, der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen **nicht** zu bedienen.

- Ich/ wir beabsichtige(n), uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde in den folgenden Bereichen

der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen. Das andere Unternehmen hat auf diesem Formblatt eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgegeben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁶

⁶ Vgl. Fußnote 1.

**Verpflichtungserklärung
zur Verfügbarkeit von Mitteln anderer Unternehmen nach § 47 Abs. 1 VgV**

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(gesetzlicher Vertreter)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber, die nachstehend benannten Mittel (Einrichtungen, Know-how usw.) zur Verfügung zu stellen:

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁷

⁷ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 7:
»Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer «

- Ich/ wir beabsichtige(n) **keine** Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer einzusetzen.

- Ich/ wir beabsichtige(n), die nachfolgend aufgeführten Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer in den folgenden Bereichen einzusetzen:

Der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer hat sein Einverständnis, die angegebenen Teilleistungen zu erbringen, durch Unterschrift auf diesem Formblatt bestätigt.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁸

⁸ Vgl. Fußnote 1.

Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer (§ 36 Abs. 1 VgV)

Zur Ausführung der nachfolgend genannten Teilleistungen sind folgende Unterauftragnehmer bereit:

Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer Nr. ____

(Unternehmen)

(Straße) (Postleitzahl) (Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum) (Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers⁹)

Hinweis: *Sollte sich der Bewerber/ die Bietergemeinschaft mehrerer Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer für die Leistungserbringung bedienen und sich auf dessen Leistungsfähigkeit berufen, ist für jeden weiteren Nachauftragnehmer ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Nachauftragnehmers fortlaufend einzutragen.*

⁹ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 8:
»Erklärung der Bietergemeinschaft«

Ich/ wir gebe(n) mein/ unser Angebot **nicht** als Bietergemeinschaft ab.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift Bewerber¹⁰

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und geben hiermit die hierfür vorgesehene Erklärung ab:

Erklärung der Bietergemeinschaft (§ 43 VgV)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft,

**geschäftsführendes
Mitglied**

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

Mitglied Nr. ____

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

erklären hiermit verbindlich, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

¹⁰ Vgl. Fußnote 1.

Wir erklären, dass

- alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aufgeführt sind und das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied der Bietergemeinschaft und späteren Arbeitsgemeinschaft alle Mitglieder sowohl der Bieter- als auch der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Erklärungen entgegenzunehmen und Zahlungen anzunehmen und
- alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹¹

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹²

- Hinweis:**
1. *Sollte die Bewerber-/ Bietergemeinschaft aus mehr als zwei Mitgliedern bestehen, ist für jedes weitere Mitglied ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Mitgliedes fortlaufend einzutragen. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*
 2. *Wenn ein Mitglied einer Bietergemeinschaft selbst auch ein eigenes Angebot abgibt, bedingt dies regelmäßig den Ausschluss beider Angebote (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 16.09.2003 – VII Verg 52/03).*

¹¹ Vgl. Fußnote 1.

¹² Vgl. Fußnote 1.

Anlage 9:
»Erklärung zur Projektkommunikation«

Ich/ wir erklären, dass die Kommunikation mit dem Auftraggeber und sämtlichen am Projekt beteiligten Dritten, insbesondere durch die Projektleitung, in deutscher Sprache erfolgt. Dies beinhaltet die Abwicklung des Projekts, jeglichen Schriftwechsel, sämtliche Besprechungen und die Erzeugung von Dokumenten.

Ausgenommen hiervon sind fachspezifische Begrifflichkeiten.

Ich/ wir erklären, dass alle dem AG zu übermittelnde Dokumente in einem orthografisch und grammatikalisch korrekten Deutsch erstellt werden.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹³

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

¹³ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 10:
»Vertraulichkeitsvereinbarung«

Vertraulichkeitsvereinbarung

Zwischen

eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt

und

nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt

Präambel

Der AG beauftragt den AN mit
der Lieferung von polymeren Flockmitteln.

Hierzu stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer vertrauliche Informationen, Daten, Unterlagen und/oder sonstige nicht allgemein zugängliche Informationen sowie Einsicht in die DV-Systeme oder Anlagenteile zur Verfügung.

Die in diesem Zusammenhang von den Vertragsparteien zur Verfügung gestellten Daten und Informationen (nachfolgend als vertrauliche Informationen bezeichnet) sind nach Maßgabe dieser Vereinbarung vertraulich zu behandeln.

§ 1 Definition

Als vertrauliche Informationen im Sinne der vorliegenden Vereinbarung gelten:

- a) Informationen und Daten jeglicher Art, die sich die Vertragsparteien schriftlich, mündlich, digital oder in anderer Form im Rahmen der in der Präambel genannten Beauftragung zugänglich machen sowie alle technischen, finanziellen und kommerziellen Informationen;
- b) Informationen (unabhängig von der Verbreitungsform oder dem vermittelnden Datenträger, insbesondere aktualisierende und ergänzende Informationen sowie alle Informationen und schriftlichen oder elektronischen Dokumenten, die die Parteien miteinander direkt oder indirekt austauschen), die der Auftraggeber ausdrücklich als vertraulich oder geheimhaltungsbedürftig bezeichnet, besonders kennzeichnet oder deren Vertraulichkeit sich aus ihrem Gegenstand oder sonstigen Umständen ergibt. Dies gilt auch, wenn die vertraulichen Informationen von Dritten stammen und dem Empfänger von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden;

c) geheimhaltungspflichtige Daten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften.

Keine vertraulichen Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind nur solche Informationen,

d) die bereits öffentlich bekannt sind.

e) die die Vertragsparteien nach gesetzlichen Bestimmungen offen zu legen haben. In diesem Fall wird die Partei, welche eine Veröffentlichung anstrebt, unverzüglich und vor Veröffentlichung dieser Informationen die jeweils andere Vertragspartei hiervon unterrichten und das weitere Vorgehen abstimmen.

§ 2 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die von der jeweils anderen Vertragspartei direkt oder indirekt erhaltenen vertraulichen Informationen

a) streng vertraulich zu behandeln,

b) nicht unabhängig, insbesondere zu Wettbewerbszwecken zu verwerten,

c) Dritten nicht zugänglich bzw. öffentlich bekannt zu machen,

d) ausschließlich für den in der Präambel dargelegten Zweck zu verwerten.

§ 3 Rückgabe von Unterlagen/Berechtigungen

Unmittelbar nach der Beendigung der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien sämtliche vertraulichen Informationen, soweit sie in verkörperter Form vorliegen, zurückgeben und, soweit elektronisch gespeichert, vollständig vernichten und deren Vernichtung nachweisen sowie erhaltene Berechtigungen zum Zugriff auf DV-Systeme der **eins** zurückgeben.

Vorgenanntes gilt nicht, sofern die empfangende Partei zur Aufbewahrung von Kopien aufgrund zwingender gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften verpflichtet ist. In diesen Fällen erfolgt die Rückgabe der betroffenen Information erst nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist.

§ 4 Verwertungsrechte

Alle etwaigen Verwertungsrechte an übergebenen Informationen verbleiben bei der jeweiligen Vertragspartei. Lizenzen oder sonstige Nutzungsrechte, gleich welcher Art, werden durch diese Vereinbarung nicht eingeräumt.

§ 5 Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO und sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften. Er wird auch seine mit der in der Präambel genannten Aufgabe beauftragten Mitarbeiter auf die Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO verpflichten.

§ 6 Laufzeit

Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt beginnend mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung und gilt auf unbestimmte Zeit.

§ 7 Sonstiges

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung, einschließlich des hier vereinbarten Formerfordernisses, bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Ausschließlicher Gerichtsstand ist Chemnitz. Es findet deutsches Recht Anwendung.

Im Auftragsfall wird diese Vertraulichkeitsvereinbarung Vertragsbestandteil. Der Bewerber erkennt mit seiner Unterschrift die vorher aufgeführte Vertraulichkeitsvereinbarung vollumfänglich an und beachtet die Bestandteile der § 1-7 im Verlaufe des Vergabeverfahrens.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹⁴

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

¹⁴ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 11:

»Erklärung zum Datenschutzbeauftragten«

Erklärung zur Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten und der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Ich/ wir erklären, dass kein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), § 38 Bundesdatenschutzgesetz –neu- (BDSG –neu-) zu bestellen ist, da die diesbezüglichen Voraussetzungen des Art. 37 Abs. 1 DSGVO nicht vorliegen.

Ich/ wir erklären, dass ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 DSGVO, § 38 BDSG –neu- bestellt wurde.

Kommunikationsdaten des/ der Datenschutzbeauftragten sind:

Erklärung der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) unter Beachtung der wettbewerblichen Gegebenheiten zur Vermeidung von Weitergabe von Kundendaten und Betriebsinterna an Konkurrenzunternehmen

Ich/ wir erklären weiterhin, dass

- Durchsetzung von Anordnungen gemäß Art. 83,84 DSGVO der Aufsichtsbehörde für Datenschutz
- Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung und das Bundesdatenschutzgesetz
- Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach der DSGVO und dem BDSG

nicht vorliegen.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁵

¹⁵ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 12:
»Datenschutzerklärung des Auftraggebers«

Datenschutzerklärung nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Das umfasst folgende Kategorien personenbezogener Daten: Stammdaten (z.B. Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse), Vertragsdaten (z.B. Kundennummer), Kontaktdaten, Abrechnungsdaten und Bankdaten sowie vergleichbare Daten.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist eins energie in sachsen GmbH & Co.KG, Johannisstraße 1, 09111 Chemnitz. Sie erreichen unsere/n Datenschutzbeauftragte/n unter Johannisstraße 1, 09111 Chemnitz; E-Mail: Datenschutz@eins.de.

2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

2.1 Datenverarbeitung zum Zweck der Vertragsanbahnung und -abwicklung (Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO)

Die Verarbeitung der Daten ist für die Vertragsanbahnung, -durchführung und Abrechnung Ihres Vertrages erforderlich.

2.2 Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs.1 a DS-GVO)

Soweit wir von Ihnen eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke eingeholt haben, ist die Verarbeitung auf dieser Basis rechtmäßig. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Das gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor der Geltung der DS-GVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Der Widerruf der Einwilligung erfolgt für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

2.3 Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse (Art. 6 Abs. 1 f DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre Daten in zulässiger Weise zur Wahrung unserer berechtigten Interessen und berechtigter Interessen Dritter.

Das umfasst die Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten auch, um

- Ihnen Produktinformationen über Energie-, Wasser- und Wärmeprodukte (z.B. Energieerzeugung, -belieferung, Energieeffizienz, Elektromobilität und sonstige energienahe Leistungen und Services), Telekommunikationsprodukte und -dienstleistungen zukommen zu lassen.
- Maßnahmen zur Verbesserung und Entwicklung von Services und Produkten durchzuführen, um Ihnen eine kundenindividuelle Ansprache mit maßgeschneiderten Angeboten und Produkten anbieten zu können.

- Markt- und Meinungsforschung durchzuführen bzw. von Markt- und Meinungsforschungsinstituten durchführen zu lassen. Dadurch verschaffen wir uns einen Überblick über Transparenz und Qualität unserer Produkte, Dienstleistungen und Kommunikation und können diese im Sinne unserer Kunden ausrichten bzw. gestalten.
- in Konsultation und Datenaustausch mit Auskunftseien (z.B. Schufa, Creditreform) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Zahlungsausfallrisiken zu treten, insbesondere bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 31 BDSG.
- rechtliche Ansprüche geltend zu machen und zur Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten.
- Straftaten aufzuklären oder zu verhindern
- Adressermittlungen durchzuführen (z.B. bei Umzug)
- Ihre Daten anonymisiert zu Analyse Zwecken zu verwenden
- den Datenaustausch mit Vertriebspartnern zu Anmeldezwecken, Reklamationen, Durchführung und Erfüllung der Vertragsverhältnisse vorzunehmen.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen zuvor nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber zuvor informieren.

2.4 Datenverarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DS-GVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DS-GVO)

Als Unternehmen unterliegen wir diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Messstellenbetriebsgesetz, Steuergesetze, Handelsgesetzbuch), die eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Gesetzeserfüllung sowie zur Wahrnehmung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, erforderlich machen.

2.5 Bonitätsprüfung

Unser Unternehmen ist berechtigt, eine Bonitätsauskunft über unsere Vertragspartner einzuholen. Zu diesem Zweck übermittelt unser Unternehmen Ihren Namen und Ihre Anschrift an die Wirtschaftsauskunfteien

- Creditreform Hof Lippoldt & Ritter
Thomasstr. 32 in 95028 Hof,
- CRIF Bürgel-Chemnitz Richter GmbH & Co. KG
Zwickauer Str. 74 in 09112 Chemnitz
sowie die Warenkreditversicherung
- Atradius Kreditversicherung
Niederlassung der Atradius Crédito y Caución S.A. de Seguros y Reaseguros
Opladener Str. 14 in 50679 Köln

Bei Vorliegen einer negativen Bonität kann unser Unternehmen ein Vertragsverhältnis ablehnen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist eine Interessenabwägung. Unser berechtigtes Interesse besteht in der Bewertung Ihrer Bonität und Reduzierung des Risikos von Zahlungsausfällen.

3. Kategorien von Empfängern / Weitergabe personenbezogener Daten / Drittland

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke brauchen (s. 2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten). Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Personenbezogene Daten werden von uns an Dritte nur übermittelt, wenn dies für die vorgeannten Zwecke erforderlich ist oder Sie zuvor eingewilligt haben.

Empfänger personenbezogener Daten können z. B. sein: Druckdienstleister, Callcenter, Analysespezialisten, Auskunftfeien, Messstellen- und Netzbetreiber. Wir arbeiten auch mit Dienstleistern zusammen, die nicht im Rahmen einer Auftragsverarbeitung für uns tätig werden, z.B. ausgewählte Fachbetriebe und Handwerker. Die Weitergabe der Daten ist zur effizienten Erfüllung unseres Vertrages mit Ihnen bzw. zur Erfüllung unserer Vertragspflichten erforderlich

4. Dauer der Speicherung bzw. Löschung personenbezogener Daten

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die o. g. Zwecke (s. 2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten). Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO). Das bedeutet, dass wir spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, in der Regel sind das 10 Jahre nach Vertragsende, Ihre personenbezogenen Daten löschen.

5. Betroffenenrechte / Ihre Rechte

Bei Fragen oder Beschwerden zum Datenschutz können Sie sich gerne an unser Unternehmen eins energie in sachsen GmbH & Co.KG, Johannisstraße 1, 09111 Chemnitz, Datenschutz@eins.de wenden. Das umfasst das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 35 DS-GVO. Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, sich an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden.

5.1 Widerspruchsrecht

Sofern wir eine Verarbeitung von Daten zur Wahrung unserer berechtigten Interessen (siehe 2.3 Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse) oder im öffentlichen Interesse (siehe 2.4 Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) vornehmen, haben Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit das Recht, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Das umfasst auch das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung zu Werbezwecken einzulegen.

5.2 Widerrufsrecht bei einer Einwilligung

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden (siehe 2.2 Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung)

6. Bereitstellung personenbezogener Daten

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten (s. Kategorien personenbezogener Daten) bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung der Geschäftsbeziehung und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen.

7. Automatisierte Entscheidungsfindung

Zur Begründung und Durchführung dieses Vertrages findet keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt.

8. Datenquellen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden erhalten. Wir verarbeiten auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen z.B. aus Schuldnerverzeichnissen, Grundbüchern, Handels- und Vereinsregistern, der Presse und dem Internet zulässigerweise gewinnen dürfen. Außerdem nutzen wir personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Unternehmen innerhalb unseres Konzerns oder von Dritten, z.B. Auskunfteien, erhalten.

9. Änderungsklausel

Da unsere Datenverarbeitung Änderungen unterliegt, werden wir auch unsere Datenschutzzinformationen von Zeit zu Zeit anpassen. Wir werden Sie über Änderungen rechtzeitig informieren.

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir die Datenschutzerklärung nach Artikel 13 und 14 zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) des Auftraggebers zur Kenntnis genommen haben und akzeptieren.

Ich/ wir bestätige(n) dies mit meiner/ unserer Unterschrift.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁶

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bürgergemeinschaft und jeden Nachunternehmer ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

¹⁶ Vgl. Fußnote 1.

**Anlage 13:
Eigenerklärung zum EU-Sanktionspaket**

Im Rahmen des EU-Sanktionspakets im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wurde folgender Artikel in die Verordnung (EU) 2022/576 aufgenommen:

Artikel 5k:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

Ich/ Wir erkläre(n), dass keine der o. g. Ausschlussgründe für eine öffentliche Auftragsvergabe oder Konzessionsvergabe bzw. eine Vertragsweiterführung auf mich/ uns zutreffen. Des Weiteren verpflichte(n) ich/ wir mich/ uns, auch im Rahmen der Vertragsausführung keine Änderungen vorzunehmen (z. B. durch Einbindung eines Unterauftragnehmers), die gegen die o. g. Ausschlussgründe verstoßen.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁷

¹⁷ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 14.1
Eigenerklärung zur Einhaltung von Lieferfristen

Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit/ Risikominimierung und aufgrund der Tatsache, dass die Zentrale Kläranlage Chemnitz zur kritischen Infrastruktur gehört, darf die Liefer- / Bereitstellungsfrist **20 Kalendertage** nicht überschreiten.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir bzw. mein/unser Unternehmen für die Maßnahme „Rahmenvereinbarung Lieferung polymere Flockmittel“ mit der Vergabenummer eins/24/L03

eine Liefer- / Bereitstellungsfrist von maximal _____ Kalendertagen sicherstellen können.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁸

- Hinweise:**
1. Die Lieferfrist ist in dieser Eigenerklärung anzugeben.
 2. Die Angabe der Lieferfrist fließt in die Wertung ein (siehe Anlage "Wertungsmatrix" - Punkt 7).
 3. Die Lieferfristangabe wird Vertragsbestandteil (siehe Anlage 3 im Leitfaden zur Phase 2).

¹⁸ Vgl. Fußnote 1.

**Anlage 14.2
Eigenerklärung Wechsel auf Alternativprodukt**

Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit/ Risikominimierung und aufgrund der Tatsache, dass die Zentrale Kläranlage Chemnitz zur kritischen Infrastruktur gehört, muss das angebotene Produkt den notwendigen Leistungsspezifikationen entsprechen.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir bzw. mein/unser Unternehmen für die Maßnahme „Rahmenvereinbarung Lieferung polymere Flockmittel“ mit der Vergabenummer eins/24/L03 im Auftragsfall bei Nichteinhaltung der notwendigen Leistungsspezifikation, das angebotene Produkt gegen ein anderes, besser geeignetes Alternativprodukt zu wechseln, ohne dass dem Auftraggeber hierdurch Mehrkosten entstehen.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁹

¹⁹ Vgl. Fußnote 1.

**Anlage 14.3
Eigenerklärung Produktionsstätte**

Aus Gründen der Nachhaltigkeit und Nachvollziehbarkeit von Transportwegen ist die für die Belieferung mit polymeren Flockmitteln vorgesehene Produktionsstätte zu benennen.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir bzw. mein/unser Unternehmen für die Maßnahme „Rahmenvereinbarung Lieferung polymere Flockmittel“ mit der Vergabenummer eins/24/L03 folgende Produktionsstätte und folgenden Spediteur vorsehe:

Anschrift der Produktionsstätte

Eigner der Produktionsstätte (nicht Lagerstätte)

Benennung des geplanten Spediteurs

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²⁰

- Hinweise:**
1. *Die Nichtabgabe der Eigenerklärung und/oder unvollständige Angaben führen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.*
 2. *Die Angabe der Produktionsstätte fließt in die Wertung ein (siehe Anlage "Wertungsmatrix" - Punkt 8).*
 3. *Änderungen der Produktionsstätte während der Vertragslaufzeit sind dem Auftraggeber anzuzeigen.*
 4. *Bei Bedarf: Zusätzliche Angaben können bei Bedarf als Anlage 14.3 beigelegt werden.*

²⁰ Vgl. Fußnote 1.

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

**Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
(Anlagen 15)**

Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit (Anlagen 16)

Anlagen 15:
»Finanzielle und Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit«

1. Eigenerklärung über den Jahresumsatz des Bewerbers/ der Bietergemeinschaft in den letzten 3 Jahren (2021 - 2023 oder 2022 - 2024) im Bereich Lieferung polymerer Flockmittel

Geschäftsjahr			
Umsatz			

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²¹

- Hinweise:**
1. Die Angaben des Umsatzes der Geschäftsjahre sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 15.1** beizufügen.
 2. Aus den 3 genannten Umsatzwerten wird der Durchschnittswert gebildet und in die Wertung einbezogen (siehe Anlage "Wertungsmatrix" - Punkt 2).
 3. Umsatzwerte der Mitglieder der Bietergemeinschaft werden kumuliert in die Wertung einbezogen.

2. Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate nach dem Datum der Veröffentlichung)

Handelsregisterauszug

- Hinweise:**
1. Der Nachweis der aktuell gültigen Eintragung in einem Berufs- und/ oder Handelsregister ist erforderlich, soweit nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers entsprechendes verpflichtend vorgesehen ist
 2. Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlagen 15.2** beizufügen.

²¹ Vgl. Fußnote 1.

**Anlage 15.3:
»Versicherungen«**

Eigenerklärung Versicherung

Ich/ wir erkläre(n) die Bereitschaft, auf eigene Kosten Versicherungen im nachstehenden Umfang bzw. zu den nachfolgenden Konditionen entweder bereits zu unterhalten oder im Auftragsfalle abzuschließen:

- Betriebs-, Umwelt- und Produkthaftpflichtversicherung unter Einschluss mittelbarer Schäden

2.000.000,00 Euro für Personenschäden

2.000.000,00 Euro für Sach- und Sachfolgeschäden

500.000,00 Euro für Tätigkeitsschäden

Die Höchstersatzleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres [zweifach maximiert] beträgt das doppelte der v. g. Deckungssumme.

Die Versicherung muss ab Vertragsabschluss bis zum Ablauf der letzten Gewährleistungsfrist aufrechterhalten werden. Sie muss die Haftung des Auftragnehmers für Personen-, Sach- und Vermögensschäden abdecken.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²²

²² Vgl. Fußnote 1.

Anlagen 16:
» Fachkunde und Technische Leistungsfähigkeit«

1. Nachweis Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung gemäß § 49 Abs. 1 VgV

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat die Einhaltung der Qualitätssicherungssysteme, die

- den einschlägigen europäischen Normen genügen und
- von akkreditierten Stellen zertifiziert sind,

nachzuweisen (§ 49 Abs. 1 VgV). Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, welches dem Teilnahmeantrag als **Anlage 16.1** anzufügen ist.

Hinweise: 1. *Der Nachweis kann durch Vorlage der Zertifizierung nach **DIN EN ISO 9001** mit jeweiliger Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Das Zertifikat muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantieren, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält.*

2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt.*

3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ ein Nachauftragnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Qualitätssicherungssysteme anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen.*

4. *Die Vorlage des Nachweises fließt in die Wertung ein (siehe Anlage "Wertungsmatrix" - Punkt 3).*

2. Nachweis Einhaltung der Normen des Umweltmanagements gem. § 49 Abs. 2 VgV

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat die Einhaltung der Qualitätssicherungssysteme, die

- den einschlägigen europäischen Normen genügen und
- von akkreditierten Stellen zertifiziert sind,

nachzuweisen (§ 49 Abs. 2 VgV). Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, welches dem Teilnahmeantrag als **Anlage 16.2** anzufügen ist.

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis kann durch Vorlage der **Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001** mit jeweilige Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Das Zertifikat muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantieren, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält.*
 2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt.*
 3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ ein Nachauftragnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Umweltmanagementsysteme anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Umweltmanagementmaßnahmen den geforderten Umweltmanagementnormen entsprechen.*
 4. *Die Vorlage des Nachweises fließt in die Wertung ein (siehe Anlage "Wertungsmatrix" - Punkt 4).*

3. Nachweis der Eignung durch Produktdatenblätter gem. § 46 Abs. 3 Nr. 11b VgV

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat seine Eignung durch Stoff-/Produktdatenblätter, die

- den einschlägigen europäischen Normen genügen und
- eine vollständige Spezifikation des angebotenen Produktes unter Angabe der chemischen Inhaltsstoffe beinhaltet,

nachzuweisen. Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, welches dem Teilnahmeantrag als **Anlage 16.3** anzufügen ist.

Optionale Angabe:

Im Zuge der Nachhaltigkeitszertifizierung des Auftraggebers ist dem Produktdatenblatt **eine Angabe zum Emissionsfaktor in g CO₂ e/t Produkt** beizufügen.

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis kann durch Vorlage eines **Stoff-/Produktdatenblattes, welches die vollständige Spezifikation des angebotenen Produkts, unter Angabe der chemischen Inhaltsstoffe, erbracht werden.***
 2. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ ein Nachauftragnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Datenblätter nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Datenblätter anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Datenblätter den geforderten Normen entsprechen.*
 3. *Es handelt sich um ein Ausschlusskriterium, d. h. werden keine den Anforderungen entsprechenden Nachweise eingereicht, wird der Teilnahmeantrag vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.*
 4. *Die Angabe zum **Emissionsfaktor in g CO₂ e/t Produkt** ist kein Ausschlusskriterium. Die Angabe fließt lediglich in die Wertung (siehe Anlage Wertungsmatrix - Punkt 5) ein.*

4. Nachweis eines Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystems, das dem Unternehmen zur Vertragserfüllung zur Verfügung steht gem. § 46 Abs. 3 Nr. 4 VgV

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat ein Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystem etabliert, welches

- den einschlägigen Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes entsprechen und
- ggf. von akkreditierten Stellen zertifiziert ist (z. B. Experte/Expertin für nachhaltiges Lieferkettenmanagement).

Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, welches dem Teilnahmeantrag als **Anlage 16.4** anzufügen ist.

Hinweise: 1. Der Nachweis kann durch Vorlage einer Beschreibung des firmeninternen Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystems oder einer entsprechenden **Zertifizierung** mit jeweiliger Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Das Zertifikat muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantieren, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält. Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt.

2. Der Nachweis / die Angaben sind kein Ausschlusskriterium. Die Angaben fließen lediglich in die Wertung ein (siehe Anlage Wertungsmatrix - Punkt 6).

5. Nachweis der Erfahrung und Fachkenntnisse des Bewerbers durch Referenzobjekte bezogen auf die letzten 5 Jahre

Es sind mindestens 1 Referenz und maximal 4 Referenzen in Bezug auf die Lieferung polymerer Flockmittel für die Faulschlammentwässerung einzureichen. Für das Referenzobjekt wird ein Jahreslieferungsumfang / eine Jahresliefermenge angenommen. Die Inhalte der mit der Nr. 1 ausgewiesenen Referenz fließen in die Punktwertung Nr. 1.1 bis 1.5 der Anlage "Auswertungsmatrix" ein. Die weiteren optionalen Referenzen fließen in die Punktwertung Nr. 1.5 ein.

Hinweise: 1. *Es sind die Formblätter des AG zu verwenden. Zusätzliche Unterlagen müssen ebenso gekennzeichnet sein wie die Formblätter. Die Referenzen werden nur gewertet, wenn sie die Voraussetzungen gemäß der Auswertungsmatrix Punkt 1.1 erfüllen. (siehe Anlage "Auswertungsmatrix")*

2. *Für jede Referenz ist ein entsprechendes Formular zur Referenzbeschreibung (siehe Anlagen 16.5) beizufügen und die jeweilige Nummer der Referenz entsprechend den Vorgaben der Auswertungsmatrix Punkt 1.1 fortlaufend einzutragen.*

3. *Für jede Referenz ist eine Bestätigung des AG beizulegen.*

Sollte die nachfolgende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft/ den Nachauftragnehmer zur Darstellung der Referenzen nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft diese durch weitere oder andere Darstellungen erbringen, die mit der vorgegebenen Form vergleichbar sind. Die Referenzdarstellung sollte in diesem Fall nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten umfassen und ist dem Teilnahmeantrag als Anlage 16.5 beizufügen.

Mindestanforderung: Referenzprojekt 1 des Bewerbers (gem. Anlage 16.5)

Leistungsgegenstand (Bezeichnung und Kurzbeschreibung des Referenzprojektes, Benennung der erbrachten Lieferungen und verfahrenstechnischen Leistungen **inkl. Anzahl und Rhythmus der verfahrenstechnischen Beratungen während des Produkteinsatzes**)

Ort der Leistungserbringung

Zeitraum der Leistungserbringung - Jahreswert (Monat/Jahr von ... bis ...)

Produktverbrauch in der Referenz (in kg/TR)

Gelieferte Jahresmenge (Lieferumfang in kg)

Jahresauftragswert (in EUR/kg)

Benennung des Auftraggeber und Adresse des Auftraggebers

Benennung des Namen des Ansprechpartners des AG mit Kontaktdaten

Referenzbestätigung des AG

Als Anlage beifügen

Optional: Referenzprojekt 2 des Bewerbers (gem. Anlage 16.5)

<p>Leistungsgegenstand (Bezeichnung und Kurzbeschreibung des Referenzprojektes, Benennung der erbrachten Lieferungen und verfahrenstechnischen Leistungen inkl. Anzahl und Rhythmus der verfahrenstechnischen Beratungen während des Produkteinsatzes)</p>	
<p>Ort der Leistungserbringung</p>	
<p>Zeitraum der Leistungserbringung - Jahreswert (Monat/Jahr von ... bis ...)</p>	
<p>Produktverbrauch in der Referenz (in kg/TR)</p>	
<p>Gelieferte Jahresmenge (Lieferumfang in kg)</p>	
<p>Jahresauftragswert (in EUR/kg)</p>	
<p>Benennung des Auftraggeber und Adresse des Auftraggebers</p>	
<p>Benennung des Namen des Ansprechpartners des AG mit Kontaktdaten</p>	
<p>Referenzbestätigung des AG</p>	<p>Als Anlage beifügen</p>

Optional: Referenzprojekt 3 des Bewerbers (gem. Anlage 16.5)

<p>Leistungsgegenstand (Bezeichnung und Kurzbeschreibung des Referenzprojektes, Benennung der erbrachten Lieferungen und verfahrenstechnischen Leistungen inkl. Anzahl und Rhythmus der verfahrenstechnischen Beratungen während des Produkteinsatzes)</p>	
<p>Ort der Leistungserbringung</p>	
<p>Zeitraum der Leistungserbringung - Jahreswert (Monat/Jahr von ... bis ...)</p>	
<p>Produktverbrauch in der Referenz (in kg/TR)</p>	
<p>Gelieferte Jahresmenge (Lieferumfang in kg)</p>	
<p>Jahresauftragswert (in EUR/kg)</p>	
<p>Benennung des Auftraggeber und Adresse des Auftraggebers</p>	
<p>Benennung des Namen des Ansprechpartners des AG mit Kontaktdaten</p>	
<p>Referenzbestätigung des AG</p>	<p>Als Anlage beifügen</p>

Optional: Referenzprojekt 4 des Bewerbers (gem. Anlage 16.5)

Leistungsgegenstand (Bezeichnung und Kurzbeschreibung des Referenzprojektes, Benennung der erbrachten Lieferungen und verfahrenstechnischen Leistungen **inkl. Anzahl und Rhythmus der verfahrenstechnischen Beratungen während des Produkteinsatzes**)

Ort der Leistungserbringung

Zeitraum der Leistungserbringung - Jahreswert
(Monat/Jahr von ... bis ...)

Produktverbrauch in der Referenz (in kg/TR)

Gelieferte Jahresmenge (Lieferumfang in kg)

Jahresauftragswert (in EUR/kg)

Benennung des Auftraggeber und Adresse des Auftraggebers

Benennung des Namen des Ansprechpartners des AG mit Kontaktdaten

Referenzbestätigung des AG

Als Anlage beifügen

6. Nachweis der Eignung durch EG Sicherheitsdatenblatt

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat seine Eignung durch das EG-Sicherheitsdatenblatt, das

- den einschlägigen europäischen Normen genügt und
- von akkreditierten Stellen zertifiziert ist,

nachzuweisen. Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, welches dem Teilnahmeantrag als **Anlage 16.6** anzufügen ist.

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis kann durch Vorlage des **EG-Sicherheitsdatenblatts gem. Verordnung Nr. 1907/2006/EG, Art. 31** mit jeweiliger Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Dies muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantieren, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält.*
 2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt.*
 3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ ein Nachauftragnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Datenblätter anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Datenblätter den geforderten Normen entsprechen.*
 4. *Es handelt sich um ein Ausschlusskriterium, d. h. werden keine den Anforderungen entsprechenden Nachweise eingereicht, wird der Teilnahmeantrag vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.*

7. Nachweis der Mitgliedschaft in Fachverbänden

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer kann den Nachweis über die Mitgliedschaft in Fachverbänden, wie zum Beispiel DWA, VCI (oder vergleichbare Verbände) erbringen. Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, das dem Teilnahmeantrag als **Anlage 16.7** anzufügen ist.

1. Der Nachweis kann durch Vorlage der Mitgliedsurkunde erbracht werden. Der entsprechende Fachverband ist anzukreuzen und/ oder zu benennen.
2. Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von Fachverbänden aus anderen Staaten anerkannt.

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)

Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)

Hinweis: 1. Die Nachweise / Angaben sind kein Ausschlusskriterium und müssen nicht ab- und oder angegeben werden. Die Angaben fließen lediglich in die Wertung ein (siehe Anlage Wertungsmatrix - Punkt 9).

III. Anlagen zum Teilnahmeantrag

Dem Teilnahmeantrag sind folgende zusätzliche Anlagen beigefügt:

- Anlage 14.3 (Zusatzangaben zur Eigenerklärung Produktionsstätte)
- Anlage 15.1 (Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre)
- Anlage 15.2 (Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung)
- Anlage 16.1 (Nachweis der Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung)
- Anlage 16.2 (Nachweis der Einhaltung der Normen des Umweltmanagements)
- Anlage 16.3 (Nachweis der Eignung durch Produktdatenblätter)
- Anlage 16.4 (Lieferkettenmanagement- und Lieferkettenüberwachungssystem)
- Anlage 16.5 (Referenzbestätigungen und ggf. zusätzliche Referenzdarstellungen)
- Anlage 16.6 (Nachweis der Eignung durch EG Sicherheitsdatenblatt)
- Anlage 16.7 (Nachweis Mitgliedschaft in Fachverbänden)

IV. Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft die Auftraggeberin umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind unmittelbar an die oben genannte Kontaktstelle zu richten.

V. Rechtliche Hinweise

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI. Entschädigung

Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen.